

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Brunner, Freundinnen und Freunde

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Brunner, Freundinnen und Freunde betreffend Schluss mit der Klimaschutz-Blockade – mehr Geld für den Klimaschutz

### Begründung

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unseres Jahrhunderts. Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist die größte und wahrscheinlich wichtigste Umweltkonferenz in der Geschichte. Die österreichische Bundesregierung fährt mit einer blamablen Klimaschutzbilanz im Gepäck nach Kopenhagen. Österreich ist – was die Erreichung des Kyoto-Klimaschutzziele betrifft – Schlusslicht der EU-15.

Der Grund für die Blamage: Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft war – wie schon seine Vorgänger – in aller erster Linie Landwirtschaftsminister. Das Umweltressort wurde vorwiegend als PR-Abteilung des Ministers geführt, notwendige Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen wurden nicht umgesetzt. Er sei Klimaschutzminister, hat der amtierende Landwirtschaftsminister in den vergangenen Tagen behauptet. Ein Klimaschutzminister allerdings der versagt hat, der – gemeinsam mit seinen Vorgängern – zu verantworten hat, dass Österreich Klimaschusslicht der EU ist.

Spätestens seit im Jahr 2000 ein eigenständiges Umweltministerium in Österreich abgeschafft und Umwelt zum Anhängsel der Landwirtschaft degradiert wurde, wird in Österreich keine Umweltpolitik mehr gemacht, die diesen Namen verdient.

ÖVP-Landwirtschaftsminister haben die österreichische Umweltpolitik zum Großteil dem ÖVP-Wirtschaftsministerium (zugleich Energieministerium) und den Wirtschaftslobbies überlassen.

Landwirtschaftsminister Berlakovich hat die schlechte Umwelt- und Klimabilanz von seinen Vorgängern geerbt und diese nahtlos fortgeführt. Nicht einmal das Abrutschen Österreichs auf den letzten Platz im Klimaschutzranking der EU-15 hat ein Umdenken gebracht.

Bundesminister Berlakovich setzt den Molterer-Pröll Anti-Klimaschutzkurs ungeniert fort. Statt Klimaschutzmaßnahmen einzuleiten werden Inserate geschaltet, um über das Nicht-Handeln hinwegzutäuschen und sich selbst in ein gutes Licht zu rücken.

Die Liste des Versagen in der österreichischen Umweltpolitik ist lang:

**Österreich wird als einziges Land der EU-15 seine Kyoto-Ziele nicht erreichen. Das bestätigte am 9. November die Europäische Umweltagentur. Das ist eine Totalblamage vor dem Hintergrund der gerade statt findenden Kopenhagen-Klimaschutz-Konferenz.**

Statt 13% Treibhausgasemissionen einzusparen, stößt Österreich heute um 11% mehr THG-Emissionen aus als noch 1990. Um den Klimawandel auf ein für Menschen verträgliches Maß beschränken zu können, muss Österreich als Industrieland 40% bis 2020 und 95% bis 2050 einsparen. Auch hier verweigert sich Österreich bisher. Landwirtschaftsminister Berlakovich schiebt die Verantwortung von sich und unterminiert die Klimazielsetzungen der EU.

Schon am ersten Tag der Klimakonferenz in Kopenhagen wurde Österreich mit dem NGO-Negativpreis "Fossil of the Day" bedacht, der an besondere Klimabremser vergeben wird. Österreich hat bessere Kontrollen bei der Anrechnung von Wald als Klimaschutzmaßnahme blockiert und damit eine gemeinsame EU-Position verhindert.

**Bis zu einer Milliarde Euro an „Strafzahlungen“** drohen Österreich auf Grund der Nicht-Erreichung des Kyoto-Klimaschutz-Ziels. Bereits heute hat die Regierung 531 Mio. Euro für den Zukauf von Verschmutzungsrechten aus dem Ausland budgetiert (bis 2012) anstatt in Klimaschutz zu Hause zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

**Ökostromverhinderungsgesetz.** Ein funktionierendes Ökostromgesetz wurde Stück für Stück „kaputt-novelliert“ – zuletzt in der Amtszeit von BM Berlakovich vor wenigen Wochen im Nationalrat, als mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ der weitere Stillstand beim Ökostromausbau in Österreich besiegelt wurde. Ebenso hat BM Berlakovich bei der Förderung von Photovoltaik-Anlagen versagt. Von 9.000 Familien, die ein Förderansuchen gestellt haben, sind nur 1.500 zum Zug gekommen. Die für das nächste Jahr geplante Aufstockung der Fördermittel wird bei weitem nicht ausreichen, um allen Interessierten eine Förderung zukommen zu lassen. Dennoch ist es für Landwirtschaftsminister Berlakovich kein Problem, Steuermittel für Inserate und seine persönliche Imagekampagne zu verwenden.

#### **Der Inseratenskandal des Ministers**

Am 4. August hat BM Berlakovich eine Förderaktion für private Sonnenstromanlagen mit einem Volumen von 18 Mio. Euro gestartet. Obwohl eine ähnliche Aktion im Jahr 2008 nach wenigen Minuten überbucht war, also das enorme Interesse für Photovoltaikanlagen evident war, hat Berlakovich die Aktion Ende Juli mit Inseraten im Gesamtwert von 140.000 Euro bewerben lassen. Nach zwei Stunden hatten 6.000 BürgerInnen die Förderung per Internet beantragt (letztlich waren es ca. 9.000 Anträge), die Fördermittel reichten nur für 1.500 Anlagen.

Auf Druck der Grünen kam es im September 2009 im Zuge von Zweit-Drittel-Verhandlungen über eine Novelle des Ökostromgesetzes zu Parteilgesprächen über eine Aufstockung der Fördermittel für Photovoltaikanlagen. Auf Grund eines Umfallers der FPÖ hat die ÖVP dabei lediglich 35 Mio. Euro für das Jahr 2010 zugesagt. Damit können nächstes Jahr nur ca. 3.000 Anlagen gefördert werden.

Tausende BürgerInnen, die heuer nichts bekommen haben, werden auch 2010 leer ausgehen. Trotzdem ließ der Minister seinen "Erfolg" in Tageszeitungen breit inserieren, Kosten der zweiten Inseratewelle: 120.000 Euro. Die Erklärung dazu aus dem Umweltministerium: Man wolle jene, die heuer nicht zum Zug gekommen seien, davon informieren, dass sie es nächstes Jahr wieder versuchen können.

Für Tausende wird dieser Versuch im Frust enden, sei werden auch nächstes Jahr keine Förderung bekommen. Aber Hauptsache der Minister bekommt seine Inserate. Insgesamt 260.000 Euro hat BM Berlakovich für die Bewerbung einer Aktion ausgegeben, die keine Bewerbung braucht, weil das Interesse ohnehin hoch ist. Das ist Missbrauch von Steuergeld. Auch die dieser Tage mit großem Berlakovich-Foto breit geschalteten Werbe-Inserate ("Österreich wird seine Klima-Hausaufgaben machen")

sind ein Skandal. Der Minister hätte seine Hausaufgaben längst machen können, statt Steuergeld für Eigenwerbung zu verprassen.

Wirksame Klimaschutzmaßnahmen wie die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, ein Ökostromgesetz nach deutschem Vorbild, ein wirkungsvolles Klimaschutzgesetz werden vom Landwirtschaftsminister aber abgelehnt, blockiert und verzögert.

#### **Versagen in der Anti-Atompolitik**

Während der Amtszeit von BM Berlakovich verzeichnet Österreich steigende Atomstromimporte sowie eine Mitfinanzierung von Atomprojekten über Euratom und über den Ankauf von Kyoto-Emissionszertifikaten aus den atomaren Nachbarländern. Da ist es schon fast nicht verwunderlich, dass es im gleichen Zeitraum keine ernstzunehmende Widerstände des Ministers gegen die Risiko-AKW's an unseren Grenzen (Temelin, Mochovce) gegeben hat.

#### **Versagen beim Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz**

Das österreichische Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz entspricht nicht dem geforderten EU-Niveau. Mahnschreiben der EU wurden jahrelang ignoriert. Im März 2007 rügte die Kommission Österreich aus Anlass einer Beschwerde der AnrainerInnen des Flughafens Wiens abermals: die UVP-Schwelle für Flughafenerweiterungen sei zu eng gefasst.

BM Berlakovich legte zwar im Februar 2008 einen Ministerialentwurf vor, der aber gleichzeitig einen Abbau von Verfahrensstandards bedeutet. Vorgesehen ist auch ein Gebot zur Energieeffizienz für Betriebsanlagen, Energieeffizienz ist aber kein Genehmigungskriterium für Anlagen – ein gravierender und nachhaltig wirkender Fehler was den Klimaschutz angeht.

Die Novelle wurde vor dem Sommer beschlossen. Es ist eine Minimalumsetzung der Rügen der EU. Ein in der Zwischenzeit neu ergangenes Urteil des EuGH wurde missachtet: Nachbarn und Nachbarinnen, Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen können weder ein Verfahren beantragen, noch haben sie Parteistellung und Rechtsmittel im Feststellungsverfahren. Diese Rechtslage steht im Widerspruch zur jüngsten Judikatur des Europäischen Gerichtshofes.

#### **Versagen bei der Umsetzung der Aarhus-Konvention**

Die dritte Säule der Aarhus-Konvention, die von Österreich 1998 (!) unterzeichnet wurde, wurde bis heute nicht umgesetzt. BürgerInnen sollten laut Aarhus-Konvention Verstöße gegen Umweltrecht vor Gericht einklagen können. Der Minister hat bis dato nicht einmal einen Ministerialentwurf vorgelegt.

#### **Versagen beim Fließgewässerschutz**

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie hat die Aufrechterhaltung funktionierender Lebensgemeinschaften im Gewässer und damit den Erhalt natürlicher Fließgewässerstrukturen zum Ziel. Dort wo der Zustand schlecht ist, ist er zu verbessern. Dieses Ziel ist 2015 zu erreichen, es gilt aber schon jetzt ein Verschlechterungsverbot. Auf dem Weg zur Zielerreichung kommt der Verordnung zur Festlegung von ökologischen Zielen für Oberflächengewässer besondere Bedeutung zu. BM Pröll und BM Berlakovich sind dieser Ordnungsverpflichtung seit 2003 (!) nicht nachgekommen.

### Versagen bei der Reduktion von Luftschadstoffen

Die Landesumweltreferentenkonferenz hat im Juni 2008 BM Pröll aufgefordert, gesetzlich „Umweltzonen“ nach dem Vorbild Deutschlands zu ermöglichen. Damit sollen Fahrverbote abgestuft nach dem Luftschadstoff-Ausstoß der Fahrzeuge verordnet werden können.

Im Juli 2008 ist ein EuGH-Urteil ergangen, das BürgerInnen das Recht einräumt, einen Aktionsplan mit Maßnahmen gegen die Feinstaubbelastung zu beantragen und in weiterer Folge ein Gericht zur Prüfung des Verwaltungshandelns bzw. der Untätigkeit anzurufen. Ein Novellierungsentwurf wurde erst im November 2009 vorgelegt. Ein Klagerecht für BürgerInnen im Sinne des EuGH-Urteils ist darin nicht vorgesehen.

Österreich hält nicht nur seine Grenzwerte nicht ein, sondern hat stattdessen einen Aufschub der Frist zur Einhaltung der Feinstaubgrenzwerte bis zum Juni 2011 (!) bei der Kommission beantragt, und zwar für weite Teile Österreichs. Am 20. November 2009 erging ein Mahnschreiben der Kommission wegen Verletzung der Luftqualitätsrichtlinie an Österreich.

Österreich darf ab 2010 nicht mehr als 103.000 t Stickoxide (NOx) ausstoßen. Laut Umweltbundesamt wurden 2007 163.000 Tonnen emittiert. Das heißt, es müssen in den Bereichen Verkehr, Industrie und Kleinverbraucher ernste Anstrengungen unternommen werden. Gemäß dem Emissionshöchstmengengesetz 2003 sollte die Bundesregierung ein Programm erlassen, das Maßnahmen zur Reduktion nennt und quantifiziert. 2006 sollte bereits die erste Aktualisierung passieren. Die Koordination kommt dem Umweltminister zu. Dort wurden bisher nur beauftragte Studien entgegengenommen (deren Herausgabe übrigens zunächst verweigert wurde). Ein Aktionsprogramm wurde bis dato nicht vorgelegt, Maßnahmen wurden nicht gesetzt.

Der Landwirtschaftsminister ist – wie seine Vorgänger - ein Anti-Umweltminister.

Österreich braucht ein eigenständiges, unabhängiges Umwelt- und Klimaschutzministerium, in dem die Umwelt- und Energieagenden zusammengefasst sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

**„Dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft wird im Sinne des Art. 74 B-VG das Vertrauen versagt.“**

